

Stadtrat setzt öffentliches Zeichen

**Linke und rechte Gruppierungen haben für heute Nachmittag Kundgebungen angemeldet
Von Thomas Pusch**

STENDAL. Für den heutigen Freitag haben die Autonomen Nationalisten Stendal eine Kundgebung auf dem Schützenplatz angemeldet. Die Stadt will mit einer Veranstaltung auf dem Marktplatz ein "Zeichen gegen Rechts" setzen.

Jeweils 50 bis 100 Demonstranten erwartet die Polizei für die heute von den Autonomen Nationalisten Stendal und "einer linken Gruppierung" angemeldeten Kundgebungen. Erstere treffen um 18 Uhr auf dem Schützenplatz zusammen, Letztere um 16 Uhr auf dem Sperlingsberg. Wichtigste Aufgabe sei dafür zu sorgen, dass beide Lager nicht aufeinander treffen. Auf dem Marktplatz findet derweil eine Veranstaltung der Stadt unter dem Motto "Zeichen gegen Rechts" statt. Nach einem Friedensgebet um 17 Uhr in der Marienkirche wird Stadtratsvorsitzender Dr. Klaus-Jürgen Mörs diese öffentliche außerordentliche Zusammenkunft des Stadtrates eröffnen. Schauspielerin Frederike Duggen verliest dann Abschiedsbriefe von Widerstandskämpfern, die Stadträte Hardy Peter Güssau (CDU) und Katrin Kunert (Die Linke) werden ebenso sprechen wie Bernhard Sterz (SPD, Staatssekretär im Innenministerium) und ein Vertreter des FDP-Landesverbandes.

Einen besonders negativen Beigeschmack hat für viele, dass die Kundgebung der dem rechten Lager zugerechneten Autonomen Nationalisten ausgerechnet an diesem Datum stattfinden soll, da der 12. März 1945 als Todestag Anne Franks im KZ Auschwitz gilt, und sieben Jahre zuvor die Nationalsozialisten in Österreich die Macht übernahmen.

Doris Grunau, Sprecherin der Polizei, konnte gestern keine genauen Angaben über die Route machen, die die beiden Lager nehmen werden. "Es kann auch sein, dass wir sie kurzfristig umleiten", meinte sie gegenüber der AZ. Es könne heute in der Zeit von 15 bis etwa 20 Uhr zu Verkehrsbeeinträchtigungen im Innenstadtbereich kommen. Die Polizei werde mit einer erhöhten Anzahl von Einsatzkräften präsent sein, die Veranstaltungen begleiten und gegebenenfalls erforderliche verkehrslenkende Maßnahmen vornehmen. Auch kurzzeitige Straßensperrungen seien möglich.